

Vorwort

Die brauchen keinen Schießbefehl,
die brauchen keine Mauer, die brauchen
keine Stasi. Die haben den Stacheldraht
durch die Köpfe der Menschen gezogen.
(Volker Pispers)

Die meisten Menschen neigen dazu, eine politische Überzeugung anzunehmen, um diese dann für den Rest ihres Lebens beizubehalten. Schon die Eltern und Großeltern identifizierten sich mit einem Parteigedanken, da machen es die Kinder nach. Doch dürfen wir es uns heute noch so einfach machen? Immerhin übertragen wir mit unserer Stimmabgabe enorm große Macht auf Menschen, die wir persönlich gar nicht kennen. Wir erlauben ihnen, unsere Geschicke zu lenken, unsere Steuergelder zu verwalten und übertragen ihnen die Vollmacht zur Erhaltung des Friedens. Nun müssen wir uns fragen: Haben sie dieses Vertrauen überhaupt verdient? Wie ist eigentlich die Interessenlage des einzelnen Entscheidungsträgers zu bewerten? Kennen wir sie überhaupt? Will der Vertreter des Volkes eventuell gar keinen Frieden, verfolgt er möglicherweise Interessen, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind?

Eines dürfen wir nicht vergessen: Politiker enttäuschen uns immer und immer wieder. Vor den Wahlen versprechen Polit-Größen das Blaue vom Himmel und anschließend ist alles Schnee von gestern. Erinnern Sie sich noch an Angela Merkels Zitat?

Mit mir wird es keine PKW-Maut geben. ¹

Jetzt, einige Jahre später, kommt die Maut doch. Wie es zu der Kehrtwende kommt, verrät die Kanzlerin nicht. Wozu auch? Besonders mitteilsam sind Politiker ja eh nicht. Das könnte daran lie-

Die Demokratielüge

gen, dass sie vorwiegend Politik machen, die denen hilft, die in der Lage sind, einen gewissen Druck auszuüben. Das sind leider nicht wir Normalos, sondern die Interessenvertreter, die Lobbyisten, die Großkonzerne, Banken, Versicherungen und letztendlich all jene Wirtschaftsgrößen, die meist ausgesprochen gute Beziehungen zu den politischen Schwergewichten unserer Republik pflegen. Könnten diese Größen alleine bestimmen, wer die Macht im Lande innehalten soll, könnte uns die politische Führungsriege komplett übergehen. Zum Glück sind wir jedoch alle wahlberechtigt und eben nicht nur ein kleiner elitärer Kreis von Lobbyisten. Jeder hat eine Stimme. Und da wir, die Vielen, die keiner Lobby angehören, mitentscheiden dürfen und letztendlich unsere Stimme genauso viel zählt wie die des Lobbyisten, werden wir von Zeit zu Zeit dazu bewogen, so abzustimmen, wie es die Herrscherklasse gerne hätte. Mit Mitbestimmung hat das jedoch nur noch marginal zu tun. Denn wir werden in eine bestimmte Richtung gelenkt. Wir sollen gefälligst so abstimmen, wie es der Führungsriege gefällt. Damit wir das auch wirklich tun, macht man uns Vorgaben – klammheimlich – so, dass wir es nicht bemerken.

Unsere Demokratie erlaubt uns die freie Meinungsäußerung, den freien politischen Willen. Parallel dazu existiert jedoch der so genannte «Mainstream», eine allgemein vorherrschende Meinung, die uns dazu bewegen soll, auf Kurs zu bleiben, nicht auszuscheren. Tun wir es dennoch, müssen wir mit Repressalien rechnen. Wir riskieren, in Verruf zu geraten und müssen mitunter sogar mit wirtschaftlichen oder beruflichen Konsequenzen rechnen, wenn wir ein bisschen zu stark von der vorgegebenen «Mitte» abweichen. Doch wie ist so etwas innerhalb einer Demokratie überhaupt möglich, in der die eigene Willensbildung nicht nur erlaubt, sondern sogar erwünscht ist?

Leben wir in Wahrheit gar nicht mehr in einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung? Wie werden wir auf Kurs gebracht? Wie manipuliert man uns dahingehend, dass wir eine bestimmte, vorgegebene Meinung annehmen? Und wie wird das Kunststück vollbracht, uns zu suggerieren, wir hätten diese Meinung selbst ent-

wickelt, unsere Einstellung und Anschauung sei aus freien Stücken entstanden? Nun, es ist nicht ganz leicht, das System zu durchschauen, denn die Verantwortlichen geben sich ausgesprochen viel Mühe. Wie ihre Tricks funktionieren, wer den Protagonisten dabei hilft und wie wir alle einer zutiefst autokratischen Elite auf den Leim gehen, werden Sie in diesem Buch erfahren. Dabei bediene ich mich nicht etwa irgendwelcher Verschwörungstheorien, sondern rezipiere aus Quellen, die landläufig als höchst seriös gelten.

Eines kann ich Ihnen versprechen: Wenn Sie erst einmal erfahren haben, mit welchem miesen Tricks wir täglich hintergangen werden, wie wir Stück für Stück unserer Demokratie beraubt werden, wie man uns das Mitdenken austreibt, ohne dass wir es merken, dann wird sich Ihre Einstellung zum politischen und gesellschaftlichen Mainstream möglicherweise verändern. Wussten Sie zum Beispiel, dass wir trotz unserer Rentensituation in Deutschland, die man ja mit Fug und Recht als ausgesprochen angespannt bezeichnen darf, die üppige private Altersvorsorge der Mitarbeiter von ARD und ZDF finanzieren? Wussten Sie, dass europaweit jeden Monat 80 Milliarden Euro Steuergelder an die Europäische Zentralbank gehen und dass diese Institution damit Dinge macht, die ihr per Gesetz verboten sind? Wussten Sie, dass die Vereinten Nationen klare Pläne zur europäischen Migration entwickelt haben und die unkontrollierte Zuwanderung nicht etwa der Lauf der Zeit ist, sondern einer gezielten Steuerung unterliegt? Wussten Sie, dass der so genannte «Westen» nicht etwa allein in Syrien ist, um die Welt vom IS zu befreien?

Diese und viele weitere höchst bedenkliche Sachverhalte werden in dem vor Ihnen liegenden Buch angesprochen – mitsamt Fakten und hoch offiziellen Quellen. Sie sollten wissen, welche Wege die Polit-Eliten wirklich gehen. Und Sie sollten wissen, wie man versucht, uns davon zu überzeugen, dass genau dieser Weg der richtige und der einzige ist – alternativlos, sozusagen. Übrigens: Wenn jemand behauptet, etwas sei alternativlos, glauben Sie es nicht! Denn nichts und niemand ist alternativlos – auch nicht Ihre Einstellung und schon gar nicht Ihr Wissen. Deshalb informieren Sie sich. Sie

Die Demokratielüge

haben nicht nur ein Recht darauf, zu wissen, was los ist, sondern auch die Pflicht, die Demokratie zu behüten. Denn leider ist Demokratie keine Selbstverständlichkeit, sondern ein kostbares Gut, das uns, wenn wir nicht darauf aufpassen, schneller abhanden kommen kann, als uns lieb ist.

Kapitel 1: Die Deutschland-Anamnese

Die deutsche Politik ist absolut rigide. (...)
Da gibt es keine seriöse Debatte –
keine seriöse Diskussion.
(Václav Klaus)

Der Wähler weiß mittlerweile nicht mehr einzuschätzen, was seine Stimme am Wahltag bewirkt. Klare Koalitionsaussagen sind heutzutage eher eine Seltenheit. Die Parteien scheuen sich nicht, mit ihren Verbrüderungsabsichten zu mauern, obwohl der Wähler ein Recht darauf hat, zu erfahren, mit wem die jeweilige Gruppierung eine Verbindung eingehen möchte. Aber daran hält sich niemand mehr. Die klassische Formel: CDU für Arbeitgeber, SPD für Arbeitnehmer funktioniert ebenfalls nicht mehr. Denn die SPD darf immerhin mit der Agenda 2010 die größten sozialen Einschnitte der letzten Jahrzehnte auf ihrem Konto der zweifelhaften Erregenschaften unserer Solidargemeinschaft verbuchen. Sie ist hauptverantwortlich für Hartz IV, Leiharbeit, Niedriglöhne und Scheinselbständigkeit – um nur einige Bereiche zu nennen. Wer sie dennoch wählt, könnte am Ende ein Bündnis mit Linken und Grünen ergattern. Im ungünstigsten Fall kommt sogar erneut die Große Koalition (GroKo) heraus. Man könnte taktisch wählen, indem man für kleinere Parteien votiert. Dass sich damit jedoch eine GroKo verhindern lässt, ist unwahrscheinlich.

«Hauptsache regieren» heißt die Devise derer, die zu Unrecht Volksparteien genannt werden. Wenn Regieren wichtiger ist, als dem Volk zu dienen, das sie gewählt hat, ist das ziemlich kaltschnäuzig, aber leider auch gängige Praxis. Den Otto-Normalwähler scheint es kaum zu belasten. Er wird es als normale Gegebenheit hinnehmen, dass die Fraktion, die am Wahlabend die meisten Stimmen auf sich vereint, selbstgerecht und bisweilen überheblich ins

Schwärmen gerät. Dann wird es heißen, dass der Wähler ihr einen Auftrag erteilt habe – selbst wenn sie im Vergleich zur letzten Wahl erdrutschartig verloren hat. Zudem werden die Parteien auf dem politischen Widersacher herumhacken und behaupten, es sei ihnen gelungen, «die Anderen» zu verhindern. Genau hier sind wir beim eigentlichen Dilemma, nämlich der Frage, ob wir überhaupt eine «gute» Partei wählen können, oder nur eine «am wenigsten schlechte». Sie mauern alle, halten Informationen zurück, taktieren und denunzieren was das Zeug hält. Eigentlich sind politische Parteien ein ziemlich großer Sud aus Arroganz und Hinterhältigkeit.

Mainstreaming

Außerdem ist da noch der so genannte «Kollektivdruck». Der bereits im Vorwort angesprochene Mainstream, also die Massenkultur, bei der eine doktrinäre Marschrichtung vorgegeben wird, sieht vor, dass man auf gar keinen Fall von der Konsensmeinung abweicht – zumindest dann nicht, wenn man im Freundes- oder Kollegenkreis nicht gleich untendurch sein will. Ein Beispiel: Die AfD passt überhaupt nicht in den Mainstream des 21. Jahrhunderts. Heute gilt: Wer die AfD gut findet, ist ein Arschloch – vielerorts sogar ein Nazi-Arschloch. Verständlich, denn die AfD will ja um Jahrzehnte zurück, ist gegen Schwule und will an der Grenze auf kleine Flüchtlingskinder schießen lassen. Diese Bastarde! Die sind auf gar keinen Fall wählbar. Oder? Nun, dazu muss man die Fakten kennen. Es steht zwar nirgendwo, dass die Partei in die dreißiger Jahre zurückwill, jedoch hört man es immer wieder. Also muss es wohl stimmen. Genauso verhält es sich mit dem Schießbefehl an Grenzen. Dabei wird die AfD-Vorsitzende Frauke Petry in einem Interview immer wieder mit Grenzschutz-Szenarien konfrontiert. Wie wollen Sie die Grenzen kontrollieren? Wie hoch sollen Zäune sein? Was passiert, wenn ein Flüchtling über den Zaun klettert? Was, wenn er sich nicht aufhalten lässt? Das Spiel geht so lange, bis Petry endlich «Schusswaffe» und «Grenzübertritt» in einem Satz verwendet und die Falle schnappt zu. ² Fortan malt die regierungstreue Journaille in den schillerndsten Farben aus, wie hoffnungslos

verdeutschte, blutrünstige Heckenschützen mit ihren Schnellfeuer-
gewehren flüchtende Frauen und Kinder «niedermetzeln». Die Story
hinter der Story ist plötzlich nicht mehr relevant; wie es zu dieser
Aussage kommt, hinterfragt niemand mehr. Warum auch? Petry
und die gesamte Partei sind gebrandmarkt. «AfD» und «Schießbe-
fehl» werden untrennbar miteinander verknüpft – obwohl im Inter-
view kein einziges Mal das Wort Schießbefehl verwendet wird.

Nun zur Grenz-Praxis: Stellen Sie sich vor, es wird bekannt
,dass Grenzschrützer zwar Waffen tragen, diese aber niemals be-
nutzen werden – egal, was passiert. Ob sich die Menschenhändler
anschließend noch von den Zöllnern beeindruckten lassen, ist
höchst unwahrscheinlich. Ich denke, dass sie bestenfalls mit einem
fröhlichen Liedchen auf den Lippen an Ihnen vorbeischlendern.
Vielleicht präsentiert der eine oder andere statt eines Ausweisdoku-
ments eher den Stinkefinger. Wie dem auch sei: Es macht nicht viel
Sinn, Schusswaffen zur Abschreckung oder Selbstverteidigung an
Bundesbeamte auszugeben, wenn alle wissen, dass diese ohnehin
niemals zum Einsatz kommen werden – egal, was passiert.

Wenn man ein bisschen in die Tiefe geht, werden die Motive für
eifrig ausgesprochene Schuldzuweisungen oder Pauschal-Verurtei-
lungen meist recht dünn. Man sollte sich daher mehr mit den Fak-
ten beschäftigen, als bloßen Worthülsen zu folgen. Das gilt für uns
alle! Wir müssen wieder üben, Aussagen zu hinterfragen. Denn das
haben wir offensichtlich im Zeitalter der non-verbale Kommunikation
verlernt. Sicher wissen Sie, dass «Postfaktisch» das Wort des
Jahres 2016 ist. Warum? Weil sich keiner mehr für den Wahrheits-
gehalt einer Aussage interessiert. Deshalb empfehle ich Ihnen drin-
gend, sich selbst auf die Suche nach Hintergrundinformationen zu
machen; auch wenn Sie denken, die gäbe es bei ARD und ZDF frei
Haus.

bis zum Exodus herunter. Während die EU 2009 bereits knapp 200.000 Tonnen nach Afrika schickt, sind es 2014 bereits 592.000 Tonnen. Die Menge wird also im angegebenen Zeitraum verdreifacht. Schaut man nur auf Deutschland, ist es noch drastischer. Während 2009 weniger als 7.000 Tonnen aus deutschen Landen stammen, sind es 2014 bereits 48.000 Tonnen. Die Ausfuhr wird in diesem Zeitraum fast auf das Siebenfache gesteigert.⁴³

Während sich deutsche Geflügelzüchter im wahrsten Sinne des Wortes ein Bein abfreuen (wenn auch nur ein Hühnerbein), liegt die afrikanische Wirtschaft komplett am Boden. Und damit das auch schön so bleibt, müssen entsprechende Freihandelsabkommen her, die den Staaten verbieten, die Einfuhrzölle zu erhöhen. Das ist pervertierter Handel in Vollendung. Daran ändert auch Entwicklungsminister Müllers «Marschallplan» für Afrika nichts, bei dem sich die hiesige Industrie bereits die Hände reiben dürfte. Immerhin will Müller zehn Milliarden investieren und einige Afrikaner für ein Ausbildungsprogramm gewinnen. Klar, denn Billiglöhner sind zwar immer gut, jedoch sind Billiglöhner mit Sachverstand erheblich besser. Ob sich dadurch die Reiselust in Richtung Europa verringern lässt, darf jedoch stark bezweifelt werden.

Schöne neue Flüchtlingswelt

Es ist tragisch, dass die Menschen, die in den AKP-Staaten leben, in ihren Heimatländern kaum eine lebenswerte Situation vorfinden. Die Abkommen mit der EU verschärfen die Situation noch. Also machen sich die Menschen auf in Richtung Europa. Es kommt eine Einwanderungswelle in Gang, die sich in den nächsten Jahren noch drastisch verschärfen wird. Bereits jetzt kommen weitaus mehr Armutsmigranten aus Westafrika nach Europa als Kriegsflüchtlinge aus Krisengebieten wie Syrien und Afghanistan. Über letztere berichten unsere Medien allerdings lieber. Denn hier haben es die politischen Eliten leichter, die humanitäre Notwendigkeit herauszustellen. Wer vor Krieg flieht, muss Schutz bekommen. Wer hingegen aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommt, kann leider

nicht aufgenommen werden. So jedenfalls formulieren es inzwischen einige Spitzenpolitiker. Wir können ja schließlich nicht die ganze Welt retten – oder doch? Wieso eigentlich nicht? Wenn wir doch ein so immens großes Herz haben – wieso können wir uns dann hungernden Menschen verweigern? Wieso lassen wir sie in Libyen sitzen, einem Land, das noch nicht einmal eine intakte Regierung hat? Die Flüchtlinge sitzen dort zum Teil in Gefängnissen, werden misshandelt, ausgeraubt und die Frauen vergewaltigt. Aber diese Menschen sind laut unserer Polit-Elite «illegal». Ihnen fliegen keine Kugeln um die Ohren; sie haben «bloß» Hunger. Und Hunger kommt beim Sondierungsgespräch in Merkels unscheinbarem Domizil derzeit gar nicht gut. Denn es ist Wahljahr. Die Menschen in Libyen haben leider zur falschen Zeit Hunger. Denken Sie bitte daran, wenn nächstes Mal wieder jemand aus der ersten Reihe der deutschen Politik bei Will, Illner oder Maischberger von humanitärer Hilfe, Weltoffenheit oder einem Akt der Menschlichkeit spricht.

Nun wird immer wieder davon sinniert, man müsse die Fluchtursachen bekämpfen. Gute Idee eigentlich. Seltsam aber, dass immer nur davon geredet wird. Solange Merkel und ihre Vasallen darüber «reden», kostet es ja kein Geld; und der deutsche Depp meint, es geschehe tatsächlich etwas – man arbeitet ja schließlich daran. Unsinn! Niemand arbeitet daran. Würde unsere Regierung auf der einen Seite wirklich helfen wollen und auf der anderen Seite die Massmigration verhindern wollen, hätte sie zahlreiche Optionen: Sie könnte beispielsweise damit beginnen, Afrika als Partner auf Augenhöhe zu begegnen und konstruktiv mit den Staaten reden. Man könnte damit aufhören, dem Gegenüber aufzuerlegen, was er gefälligst zu tun hat. Und man könnte damit aufhören, die armen Länder in erpresserischer Manier in Freihandelsabkommen zu drängen und stattdessen versuchen, die Wirtschaft dort tatsächlich anzukurbeln. Doch das ist leider nicht die Intention unserer Bosse, die Jahr für Jahr mehr Wachstum wollen. Also treibt man das Freihandelsabkommen weiter voran und erzählt uns, es herrsche auch in den Heimatländern der «neuen» Flüchtlinge Krieg, oder dekariert sie kurzerhand zu Klimaflüchtlingen. Dann kann man die

Stärksten von ihnen aus humanitären Gründen aufnehmen, ihnen Steuergeld in die Hand drücken, das sie sogleich an die Lobbyisten weiterreichen und den Konzernen super Geschäfte ermöglichen. Die Rekolonialisierung scheint sich prächtig zu entwickeln. Klar – in Teilen der Herkunftsländer herrscht tatsächlich Krieg. Aber eben längst nicht überall. Aber das bekommt der verdummte Konsens-Deutsche nicht so richtig mit; zumindest dann nicht, wenn er seine Nachrichten beim GroKo-TV verköstigt. Leider findet man nicht allzu viel über dieses Thema. Eine rühmliche Ausnahme ist ein Artikel in der «Zeit» unter der Headline «Europa erzeugt die Flüchtlinge selbst». Darin findet Hafsat Abiola den treffenden Schlusssatz:

Wenn Europa tatsächlich den massenhaften Exodus der Wirtschaftsflüchtlinge aufhalten will, wäre es jetzt Zeit, sich für eine andere Politik einzusetzen.⁴¹

Diesen Satz sollten wir alle verinnerlichen, wenn es uns wirklich um menschenwürdige Hilfe und Unterstützung für den schwarzen Kontinent geht. Und wir sollten alle aufschreien, wenn die Einheitsmedien mal wieder «vergessen», über derartige Abkommen zu berichten. Wie können wir das machen? Indem wir reagieren, wenn die Medien erzählen, dass Gabriel den Niger besucht, oder Müller einen Marschallplan hegt. Wir müssen uns dann fragen: Was macht der Mensch da? Warum ist er dort? Wenn das TV nur den Besuch erwähnt, nicht aber über die konkreten Gründe referiert, dann müssen wir uns Gedanken darübermachen, warum man uns die Gründe nicht nennt. Wir müssen versuchen, an dieses Hintergrundwissen zu gelangen – und nicht einfach registrieren: Gabriel – Niger – Aha! – Nächste Meldung! Aber für derartige Aktionen bleibt meist keine Zeit. Immerhin will man ja weder die nächste SMS, noch den ach so wichtigen Facebook-Post verpassen. Vielleicht war Lieschen Müller ja wieder im Restaurant und hat ihr Essen geknipst. Das müssen wir dann unbedingt «liken».

Land der Zahlschweine

Seit 1990 sind die Erträge der deutschen Wirtschaft um ein Drittel angewachsen. Die Reallöhne ziehen kaum mit. Im Gegenteil. Der Niedriglohnsektor wird im gleichen Zeitraum dramatisch ausgeweitet. Die Armut steigt und man muss sich fragen: Wo verbleiben die Früchte des gigantischen Wirtschaftswachstums? Ganz einfach: Bei den oberen fünf Prozent – also bei denen, die eh schon mehr als genug haben. Laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung besitzen die reichsten zehn Prozent unserer Gesellschaft bereits im Jahr 1970 etwa 40 Prozent des gesamten Vermögens. Heutzutage sind es sogar schon fast 70 Prozent. Man kann diese Zahlen noch weiter auf die Spitze treiben, indem man sich vergegenwärtigt, dass dem reichsten «einen» Prozent Deutschlands ein Drittel unseres gesamten Vermögens gehört. (Früher haben wir von «Volksvermögen» gesprochen. Doch das macht heute niemand mehr – wohl auch mit Blick darauf, dass eine Diskussion über Eigentumsrechte gar nicht erst entstehen soll.) Der Stern schreibt in seiner Ausgabe vom 08.12.2016:

Nimmt man als Maßstab die Verteilung des Reichtums, der in den vergangenen Jahren zusätzlich erwirtschaftet wurde, dann sind in Deutschland nicht 20 oder 30 Prozent der Bevölkerung abgehängt, sondern 95 Prozent. Die Reise fand ohne sie statt.

In der gleichen Ausgabe erklärt das Blatt unter Berufung auf eine von ihm in Auftrag gegebene Forsa-Umfrage, dass noch nicht einmal ein Viertel der Bevölkerung meint, dass es in Deutschland gerecht zugeht. So halten es 90 Prozent der Befragten für ungerecht, dass Pflegekräfte schlechter bezahlt werden als Servicepersonal, während nur drei Prozent es als gerecht empfinden, dass Frauen bei gleicher Qualifikation weniger verdienen als Männer. Für 80 Prozent ist es zudem ungerecht, dass Leiharbeiter in einem Unternehmen weniger erhalten als Festangestellte. Fast 85 Prozent können sich offenbar auch nicht damit anfreunden, dass private

Die Demokratielüge

Hauskäufer Grunderwerbsteuer bezahlen müssen, während Unternehmen diese Zahlung durch geschicktes Ausnutzen der Steuergesetze vermeiden können. Unverständlich ist auch, dass Lohn in Deutschland höher besteuert wird als Zinseinkünfte oder Kapitalerträge. Gerechtfertigt ist das nur etwa jeder Fünfte.⁴⁴ Angesichts dieser Ungerechtigkeit führt kein Weg an unserem Grundgesetz vorbei. Denn darin heißt es (Artikel 14):

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

Doch dafür interessiert sich niemand mehr – allenfalls der Abgehängte selbst. Doch der hat keine Lobby. Vielleicht bekommt er sie mit der Zeit, wenn die Gruppe der Abgehängten so groß wird, dass alle, die einst im Mittelstand verortet waren, nun ebenfalls abgehängt sind. Denn eines ist klar: Es wird in Zukunft auf gar keinen Fall besser werden. Es wird seit Jahrzehnten nicht besser, sondern immer schlechter. Der Trend, der die reichsten Menschen des Landes immer reicher und immer mehr Menschen an der Basis immer ärmer macht, wird nicht durchbrochen. Dafür sorgen schon unsere Polit-Eliten. Dennoch jubeln die Menschen Merkel, Schäuble & Co. zu. Sie finden es offenbar schön, dass es um sie zunehmend schlecht bestellt ist. Die Ausbeutung auf der einen Seite und der imaginäre Tritt in die Weichteile auf der anderen, ist Schmerz und Verzückerung zugleich. Auf diese Weise verkommen die Deutschen immer mehr zu widerspruchslosen Geldsklaven, die es lieben, wenn ihre Herrin sie ausnimmt, wie eine Weihnachtsgänse. Ist Deutschland ein Land der Geldsklaven geworden?

Trickbetrug Rente

Die Rente sinkt kontinuierlich. Schon bald wird sie bei 41,6 Prozent liegen. Die Zahl stammt nicht etwa von Kritikern des Systems, sondern vom Bundessozialministerium höchst selbst. Heute bekommen die Rentner noch 47,8 Prozent ihrer letzten Bezüge.

Doch dieser Prozentsatz wird in Zukunft weiter nach unten korrigiert. Je später Sie in Rente gehen, desto geringer fällt der Satz aus, mit der Ihre Rente berechnet wird. Das wird gern mal vergessen zu erwähnen. Aber es gibt auch gute Nachrichten. Denn im Gegenzug steigt auch etwas: nämlich die Beiträge – von heute 18,7 Prozent auf geschätzte 23,4 Prozent bis 2045. ⁴⁵ Das sind zwar keine guten Nachrichten für Rentner, aber gute für die Wirtschaft. Denn deren Beiträge sind gedeckelt und sie bleiben es auch weiterhin. Viele Polit-Agitatoren behaupten ja mittlerweile: «Wir brauchen Zuwanderung – wegen der Rente!» Doch diesen Unsinn kauft ihnen kaum noch jemand ab. Daran kann noch nicht einmal Daimler-Boss Zetsche etwas ändern, der ja meint, dass uns nichts Besseres hätte passieren können als der Flüchtlingsstrom. Für ihn sind die Menschen, die zu uns kommen, «hochmotiviert», da sie immerhin ein komplettes Leben hinter sich lassen. Scheinbar lässt sich mit ihnen also nicht nur der Fachkräftemangel, sondern sogar die Rentenlücke beheben. Coole Sache. Deutschland kann so einfach sein. Dass die Zuwanderer die Rentenkassen nicht signifikant bereichern, dürfte in der Zwischenzeit auch in Berlin angekommen sein. Und die Tatsache, dass die Sozialbeiträge für den Arbeitgeber in Zukunft aufgrund besagter Deckelung nicht steigen werden, wird sich auch nicht gerade positiv auf den Füllungsgrad der Rentenkassen auswirken. Hinzu kommt, dass alle Beiträge stets von der Solidargemeinschaft getragen werden – und da sind die privaten Versicherer schön außen vor. Wie sollte es auch anders sein? Private Versicherungswirtschaft und Solidarität scheinen ja wie zwei unterschiedliche Magnetpole zu fungieren. Sie stoßen sich ab.

Neben dem demographischen Wandel darf nicht unerwähnt bleiben, dass wir in den nächsten Jahrzehnten Millionen von Arbeitsplatzverlusten zu beklagen haben werden, da wir immer effizienter produzieren und den Faktor Mensch immer weiter in den Hintergrund drängen. Darüber hinaus werden wir immer herstellungseffizientere Produkte auf den Markt bringen. Das Elektroauto beispielsweise kann mit bedeutend geringerem Personalaufwand hergestellt werden als ein Fahrzeug mit Verbrennungsmotor.

Kapitel 5: Pinocchios Erben

Wer nichts weiß, muss alles glauben!
(Marie von Ebner-Eschenbach)

Wie seriös ist deutsche Berichterstattung? Was ist dran am Vorwurf «Lügenpresse»? Wie unabhängig sind unsere Medien – allen voran die öffentlich-rechtlichen Anstalten von ARD und ZDF? Was ist dran am bissigen Kommentar: «Stimmt das, oder kam das im ZDF?» Auf den TV-Medien liegt besonderes Augenmerk, da sie von uns allen finanziert werden; mit einem Gebührenmodell, das die Unabhängigkeit der Anstalten bewahren soll. Ob das der Fall ist, wollen wir klären. Sie werden erfahren, wie einzelne Redaktionen mit Wahrheiten umgehen. Schauen Sie hinter die Kulissen und machen Sie sich ein Bild davon, ob und in welcher Weise die Medien versuchen, uns auf eine bestimmte Meinung festzulegen – und wer die Nutznießer einer allgegenwärtigen Konsensmeinung sind.

Der ehemalige sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow, der einst die deutsche Wiedervereinigung möglich machte, greift die Medien unserer Republik scharf an. Er sagt:

Die deutsche Presse ist die bösartigste überhaupt. ⁷⁰

Harsche Worte. Sind sie berechtigt? Dass Dinge unwahr wiedergegeben und wichtige Ereignisse offenbar bewusst zurückgehalten werden, wissen wir nicht erst seit den Silvester-Vorfällen 2015/2016, als ein Gros der Medienberichterstatter die Arbeit zunächst komplett verweigert; und das, obwohl eindeutige Anhaltspunkte für massenhafte Vergewaltigungen in Köln, Stuttgart, Hamburg und an vielen anderen deutschen Orten im Raum stehen. Viele Menschen aus Politik und TV erheben im Anschluss schar-

Die Demokratielüge

fe Vorwürfe gegen die Art der Berichterstattung in Deutschland. Tschechiens ehemaliger oberster Dienstherr, Václav Klaus ist einer von ihnen. Er behauptet, die Medien seien zu einer politischen Kraft in Europa geworden:

Wir leben nicht mehr in einer Ära der Demokratie, aber der Mediokratie.

Er glaubt, dass die meisten Medienvertreter mittlerweile einen aktiven Part innerhalb des politischen Zeitgeschehens übernehmen.

Sie sind keine Reporter der Realität. Sie spielen absichtlich eine politische Rolle, die gegen die traditionelle Demokratie in den Ländern Europas existiert.³¹

Wer nicht mitspielt, ist schnell draußen. Das weiß auch die ehemalige Tagesschau-Moderatorin Eva Herman. Sie erklärt, sie arbeite auch aus Überzeugung nicht mehr in diesem System; sie habe erfahren, dass vieles, was heute in den Mainstream-Medien gezeigt und veröffentlicht wird,

... besser überprüft werden sollte, bevor man den Gehalt als Wahrheit annimmt.

Sie sehen: Es gibt viel zu tun. Lassen Sie uns die Dinge näher betrachten. Doch zunächst werfen wir einen Blick auf das System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland.

Independent-TV

Sowohl ARD als auch ZDF werden durch Aufsichtsgremien kontrolliert, welche die Einhaltung des «gesetzlichen Sendeauftrags» überwachen. Beim ZDF ist das der Fernsehrat, bei der ARD die Rundfunkräte der Länder. Diese Gremien sollen einen Querschnitt

der Bevölkerung abbilden. Deshalb befinden sich beispielsweise kirchliche Organisationen, Gewerkschaften, Frauenverbände, aber auch Parteifraktionen und Arbeitgebervertreter in den Räten. Ob mit diesen Gruppen allerdings ein realistischer Querschnitt der Bevölkerung erreichbar ist, darf stark bezweifelt werden. Denn die alleinige Positionierung von Gewerkschaften repräsentiert ja noch nicht die gesamte Arbeitnehmerschaft mit all ihren Facetten – zweifellos die größte vertretungswürdige Gruppe in Deutschland. Derweil ist die Nähe der Politik zu den Medien offenkundig – und leider auch als sehr bedenklich einzustufen.

Die Gremien von ARD, ZDF und Deutschlandradio unterliegen dem Rundfunkstaatsvertrag. Die Verfassungsmäßigkeit wurde in der Vergangenheit immer wieder angezweifelt. So wird der ZDF-Staatsvertrag im Jahr 2014 sogar vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt. Die Richter stellen fest, dass der Einfluss von Staat und Parteien auf das ZDF zu groß ist und die Besetzung der Gremien der Rundfunkfreiheit widerspricht. Das Bundesverfassungsgericht mahnt, der öffentlich-rechtliche Rundfunk dürfe «nicht zum Staatsfunk werden».

Das Gericht beauftragt daraufhin die Bundesländer damit, bis spätestens 30. Juni 2015 eine verfassungsgemäße Neuregelung zu schaffen. Dies geschieht zwar in Form einer Novelle zum 1. Januar 2016, jedoch gehen Kritiker nach wie vor davon aus, dass der Staat einen zu großen Einfluss ausübt. Der Rechtswissenschaftler Andreas Paulus, der selbst Mitglied des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts ist, sagt daher auch:

Wenn die Aufsichtsgremien von Rundfunk und Fernsehen von denen beherrscht werden, deren Kontrolle sie unter anderem ermöglichen sollen, ist damit eine Beeinträchtigung ihrer Funktion verbunden.⁷¹

Es ist also durchaus davon auszugehen, dass auch diese Novelle wieder gekippt wird. Doch bis es soweit ist, vergehen vermutlich erneut viele Jahre. In dieser Zeit läuft alles so weiter wie bisher.

Wenn wir uns Gedanken über die Unabhängigkeit (oder Abhängigkeit) einzelner Medien machen, darf natürlich auch der Faktor Finanzierung nicht fehlen. Hier sind vor allem drei schwergewichtige Einnahmequellen zu nennen. Zum einen ist das die Rundfunkgebühr, die sogar als «hoheitliche Abgabe» betitelt ist (selbst hier ist die Nähe zum Staat nicht zu verleugnen). Sie wird nur von den Öffentlich-rechtlichen erhoben, während sich die Privatsender selbst finanzieren. ARD, ZDF und Deutschlandradio nehmen auf diese Weise mehr als 8,3 Milliarden Euro jährlich ein.

Nun müssen Sie wissen, dass unsere Beiträge nicht etwa nur für laufende Kosten verwendet werden, sondern auch für die «betriebliche Altersversorgung» sämtlicher Mitarbeiter der Öffentlich-rechtlichen.⁷² TV-Leute müssen sich also scheinbar keine Sorgen um die Rente machen. Die zweite beachtliche Einnahmequelle wird durch Sponsoring und Werbung in Multi-Milliardenhöhe generiert.⁷³

Der dritte große Einnahmebereich ist der Handel mit Verwertungsrechten, Merchandising und der sogenannten «Produktion für Dritte zurück ins Programm». Genau hier liegt aber auch ein immenser Kostenfaktor für den Beitragszahler, denn dahinter verbergen sich Zahlungen an Unternehmen, die im Auftrag der Öffentlich-rechtlichen produzieren. Es existiert nämlich ein Problem: Öffentlich-rechtliche dürfen generell keine Gewinne machen. Wenn aber beispielsweise die ARD-Landesrundfunkanstalten selbstständige kommerzielle Tätigkeiten in Tochtergesellschaften betreiben, dann dürfen sie das schon. Sie sehen: Wir kommen immer wieder zu dem Thema zurück, dass unser aller Geld (seien es nun Steuergelder, Krankenkassenbeiträge, oder Rundfunkgebühren) in Hände mit enormem Fassungsvermögen ausgelagert werden. Die ARD begründet die Rechtmäßigkeit dieser Aktionen auf ihren Internetseiten mit den Worten:

Kapitel 9: Migration – Flächenbrand in Europa

Das Problem ist kein europäisches Problem.
Das Problem ist ein deutsches Problem.
(Viktor Orbán)

Unsere Polit-Eliten sind schon etwas ganz Besonderes. Sie schlittern von einer Krise in die nächste – und Schuld sind immer die Anderen. Unpopuläre Entscheidungen, die in der Öffentlichkeit von Hause aus auf wenig Verständnis stoßen, werden im Falle des Misserfolgs allzu gern als «globale Veränderung» verkauft. Punkt! Selbstverständlich sind die in Deutschland tätigen Polit-Eliten immer die Guten – ohne Ausnahme. Das Pendant, also das unerträglich Böse, ist stets in Reichweite und wir müssen uns alle vor ihm in Acht nehmen. Sie kennen das: Es ist der unehrenhafte Feind (und was auch immer uns in diesem Zusammenhang suggeriert wird) auf infame Weise zerstören will. Dagegen müssen wir etwas tun! Alle! Wenn es Probleme gibt, vielleicht sogar welche, die von weiten Teilen der Bevölkerung im Vorfeld geradezu prophezeit wurden, wird der Prophet stante pede zum Rassisten degradiert.

Zeitgleich versorgt man die noch immer zweifelnden «Minderheiten» mit einer Überdosis öffentlich-rechtlicher Beruhigungspillen – und schon ist alles im Lot. Der «Gute» darf sich nun noch besser fühlen, denn er steht für die ehrenhafte Sache und der «Schlechte» hat sich gefälligst noch schlechter zu fühlen! So soll es sein. Die herrschende Klasse macht derweil weiter wie bisher. Auch wenn der nächste Erlass auch noch so gefährlich ist, das Volk applaudiert. Denn es hat nur zwei Alternativen: entweder Beifall spenden, oder Fresse halten! Sie wissen ja: Vermeintlich schwierige politische Entscheidungen sind in Deutschland immer «alternativlos», auch wenn sie innerhalb einer demokratischen Grundordnung nur von einem kleinen, elitären Kreis getroffen werden, der

gewöhnlich alles in den Sand setzt, was man nur versammeln kann. Wer dennoch nicht vorbehaltlos zustimmt, schürt angeblich Hass und will die Gesellschaft spalten.

Genauso funktioniert es auch in der Flüchtlingskrise. Hier folgt der «Alternativlosigkeit» einer Angela Merkel fast schon automatisch die multikulturelle Selbstverständlichkeit des guten Menschen. Auch das Denken an sich ist in diesem Moment alternativlos. Denn ein Jeder, der in Deutschland lebt, hat gefälligst das großherzige Multikulti-Gen mitzubringen! Wenn er es nicht in sich trägt, ist er eine Schande für uns alle! «Nichts gelernt aus der Vergangenheit, oder was?» Da spielt es überhaupt keine Rolle, dass letztendlich die unkontrollierte Zuwanderung ein Nährboden für bandenmäßigen Sozialbetrug, Massenvergewaltigungen und Terrorismus ist. Ja, so ist das nun einmal im 21. Jahrhundert. Da kann man nix machen!

Aber stimmt das? Muss man gleich eine ganze Nation in höchste Gefahr bringen, um Flüchtlinge aufzunehmen? Muss man Grenzsicherung komplett ad acta legen, wenn man hilfsbereit sein will? Oder anders gefragt: Ist der, der hinschauen möchte, wer in unser Land kommt, automatisch ein Rassist? Müssen wir in diesem Zusammenhang vielleicht noch ganz andere Themen beleuchten? Vielleicht geht es ja bei der massenhaften Zuwanderung in Wahrheit gar nicht um humanitäre Hilfe. Aber wenn nicht, worum geht es dann?

Flüchtlingskrise – oder was?

Wir müssen uns zunächst einmal Gedanken über den Begriff machen. In den Medien wird immer wieder von einer Flüchtlingskrise gesprochen. Doch haben wir es wirklich mit einer Flüchtlingskrise zu tun, oder handelt es sich in Wahrheit um eine Migrationskrise? Der ehemalige tschechische Ministerpräsident Václav Klaus sieht die Flüchtlinge deutlich in der Minderheit:

Es gibt in dieser Massenmigration fast keine Flüchtlinge in Europa. Das sagt nur Frau Bundeskanzlerin und ähnliche Politiker. Wir sprechen über Migration. (...) Das ist Massenmigration. Flüchtlinge sind etwas Anderes. ³²

Immerhin kommen mit dem Strom aus Kriegsgebieten auch zahllose Menschen nach Deutschland, die eben keine Flüchtlinge sind, die also nicht aus einem Land kommen, in dem Krieg und Verfolgung an der Tagesordnung sind. Viele entstammen beispielsweise den Maghreb-Staaten. Hier stellt sich die Frage, ob wir über so viele Kontingente verfügen, dass wir ohne Probleme auch diejenigen unterbringen und versorgen können, die nicht vor Krieg, Terror und Verfolgung fliehen. Nehmen sie einem «regulären» Flüchtling vielleicht den Platz weg? Viele Zuwanderer machen falsche Angaben über ihre Herkunft, einige ziehen es sogar vor, gar keine diesbezüglichen Informationen abzugeben. Bleiben dürfen sie jedoch zunächst alle. Nicht zu vergessen ist auch die immense Anzahl von Nachzüglern. Sie alle gelten statistisch gesehen nicht als Flüchtlinge. Warum eigentlich nicht? Sie kommen doch ebenfalls aus Kriegsgebieten. Würden sie als Flüchtlinge geführt, hätte das eine exorbitante Steigerung der Flüchtlingszahlen zur Folge. Und das darf nicht sein. Es würde wohl auch die uneingeschränkt gute Laune sowie den grenzenlosen Wir-schaffen-das-Optimismus in Deutschland erheblich trüben. Also fristet der komplette Familiennachzug sein imposantes Dasein außerhalb jeglicher Flüchtlingsstatistiken. Was soll das außerdem mit dieser «dauerhaften» Integration? Es geht doch um Flüchtlinge, deren Schutzbedürfnis in der Regel zeitlich begrenzt ist und von ganz alleine entfällt, sobald im Heimatland Frieden herrscht. Wieso also teilen wir den Menschen, die zu uns kommen, nicht unmissverständlich mit, dass sie nach Kriegsende wieder in ihre Heimatländer zurückkehren müssen? Humanitäre Hilfe, ja, aber nicht für immer. Das wäre doch nur fair, es ihnen zu sagen. Würden wir das tun, könnten wir von einer Flüchtlingskrise sprechen. So läuft es jedoch bei uns nicht – und deshalb ist es Migration.

Schauen wir uns die Zahlen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge an. Demnach werden im Dezember 2016 nur 17,5 Prozent der Anträge von Syrern sowie 9,6 Prozent von Afghanen gestellt. 8,6 Prozent stammen aus dem Irak. Das heißt nicht, dass alle anderen keine Flüchtlinge sind; aber es heißt auch nicht, dass alle Syrer, Afghanen und Iraker automatisch Flüchtlingsstatus besitzen. Viele behaupten, Syrer oder Afghanen zu sein, um bleiben zu können. Außerdem herrscht nicht überall in der Region Krieg. Viele, die nach Europa und Deutschland kommen, haben sich zuvor bereits in sicheren Flüchtlingslagern in relativer Nähe ihrer Heimat angesiedelt (z. B. im Libanon, Jordanien, Türkei). Diese Menschen haben eigentlich gar keine Veranlassung zu uns zu kommen, werden aber geradezu gezwungen. Denn die Vereinten Nationen fahren ihre Hilfen drastisch zurück – immer weiter. Die Flüchtlinge können nicht mehr anständig versorgt werden und machen sich konsequenterweise auf den Weg zu uns, ob sie wollen oder nicht, denn Hunger ist ein verdammt gutes Argument. Die Zuwanderung nach Europa hätte erheblich begrenzt werden können, hätte man die Flüchtlinge in der Nähe ihrer Heimatländer anständig versorgt. Doch das ist offenbar nicht der Plan. Ob Kalkül dahintersteckt und der Ansturm nach Europa vielleicht sogar «gewollt» ist, klären wir zu einem späteren Zeitpunkt.

So hart es klingt: Man muss auch bedenken, dass nicht jeder, der in Deutschland Asyl beantragt, als Flüchtling gemäß Genfer Flüchtlingskonvention bezeichnet werden kann. Hinzu kommt, dass unser Grundgesetz ebenfalls eine deutliche Sprache spricht. Denn laut Artikel 16 kann sich nur auf Asylrecht berufen, wer nicht aus einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder einem sicheren Drittstaat einreist. Und das ist schon rein geographisch nahezu unmöglich.

Natürlich heißt das nicht, dass wir die Menschen, die zu uns kommen, allein aufgrund dieser Tatsache kurzerhand abweisen sollten. Aber es heißt, dass wir über die Verwendung des Begriffs «Flüchtlingskrise» genauer nachdenken müssen. Was überhaupt nicht geht, ist eine Art «Umetikettierung», die nur dem Zweck

dient, innerhalb der Bevölkerung eine höhere Akzeptanz für die Massenmigration zu schaffen. Aus all diesen Gründen müssen wir richtigerweise von Migration sprechen.

Gesetzbruch der Gesetzgeber

Auch was die Zuwanderung betrifft, haben wir in Deutschland und Europa das Problem, dass der Gesetzgeber seine eigenen Gesetze permanent bricht. Auf europäischer Ebene ist das zum einen das Schengen-Abkommen, zum anderen die Vereinbarung von Dublin. Hinzu kommt ein permanenter Verstoß gegen das deutsche Grundgesetz. Hunderttausende halten sich illegal in Deutschland auf und bekommen dennoch finanzielle Zuwendung, Versorgung und Obdach. Viele von ihnen besitzen beeindruckend viele Identitäten und saugen auf diese Weise gleich mehrfach Steuergeld ab. Der Attentäter Anis Amri besaß 14 Identitäten, ohne dass es irgendjemandem aufgefallen wäre.

Statt wirklich etwas in die Wege zu leiten, und die zahlreichen Missstände in Deutschland zu beheben, treffen sich im August 2016 die Innenminister der CDU/CSU und labern tagelang über Randthemen wie zum Beispiel das Burka-Verbot. Wozu eigentlich? Ist es der Köder, über den wir alle diskutieren sollen? Soll es davon ablenken, uns Gedanken über die wirklich wichtigen Themen zu machen? Warum muss man im Zeitalter des Terrors lange über ein Vermummungsverbot sprechen? Ich bin Motorradfahrer und darf in Deutschland keine einzige Bank mit aufgesetztem Helm betreten. Gut, nun trage ich den Helm auch nicht aus religiöser Überzeugung. Aber ist Vermummung zur Religionsausübung wirklich unerlässlich? Der Koran verlangt das jedenfalls nicht. Außerdem wählen viele Musliminnen die Vollverschleierung nicht etwa, um ihre religiöse Freiheit auszuleben, sondern weil es vom patriarchalischen Ehemann anderenfalls gewaltig eins auf die Glocke gibt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat überdies ein Verbot der Vollverschleierung längst für rechtens erklärt (Beispiel: